

# Schrittweises Ausgrenzen von Senioren beklagt

Pressemitteilung (pm)

15. März 2024

Am Schluss waren beide Seiten hochzufrieden und nahmen etwas mit: Der Kreissenioresrat Rottweil (KSR) die Zusage des Landtagsabgeordneten Stefan Teufel, die im Kreissenioresplan verankerte Ein-Drittel-Förderung einer kommunalen Stelle des sogenannten Kümmerers (Seniorenbeauftragten) als Modell für eine zusätzliche landesweite Förderung in seiner Fraktion zu präsentieren. Teufel stieß dafür beim Kreissenioresrat mit seiner Bitte, ihn bei seinem von der CDU-Fraktion gestützten Vorstoß, ein verpflichtendes Dienstjahr für junge Menschen einzuführen, auf offene Ohren.

Kreis Rottweil. Der Kreissenioresrat hatte sich in einem offenen Brief an die Abgeordneten Maria-Lena Weiss (MdB, CDU), Stefan Teufel (MdL, CDU), Daniel Karrais (MdL, FDP) und Emil Sänze (MdL, AFD) gewandt und darin das schrittweise Ausgrenzen von Senioren vom Alltagshandeln beklagt. In die Begrüßung Teufels verpackte der KSR-Vorsitzende Rainer Pfaller auch einen Seitenhieb auf die anderen Abgeordneten: „Dass sie sich heute die Zeit für ein Gespräch mit uns nehmen, unterscheidet sie von ihren Abgeordneten-Kollegen aus dem Wahlkreis.“

Pfaller beklagte angesichts der Unmenge an Problemen, mit denen die stetig wachsende Zahl der Senioren zu kämpfen habe, dass es immer mehr den Anschein habe, „dass es uns Senioren in der gesellschaftlichen Diskussion gar nicht gibt“. Der Vorsitzende stellte klar, dass er und seine Mitstreiter sich in diesem Gespräch auf eine konkrete Bitte konzentrieren wollten: „Der Landkreis Rottweil hat löblicherweise im Kreissenioresplan verankert, dass die Einrichtung einer „Kümmerer-Stelle“ mit einem Drittel der entstehenden Kosten gefördert wird. Dennoch ist vielen Kommunen im Kreis die Installation einer solchen Stelle noch zu teuer. Daher richte ich an das Land die Bitte, hier ein weiteres Drittel zuzuschießen.“ Dann könnten Kommunen wohl kaum noch die angeblich zu hohen Kosten ins Feld führen.

Die Diskussionsteilnehmer einigten sich darauf, „Kümmerer“ durch den griffigeren Begriff „Seniorenbeauftragte“ zu ersetzen. Teufel griff sogleich die Anregung Pfallers auf. Er entwickelte die Idee, für diese Förderung quasi als landesweites Modellprojekt zunächst in seiner Fraktion und dann im Landtag zu werben. Teufel warb aber genauso für ein Projekt, das ihm besonders am Herzen liege. Er sehe mit zunehmender Sorge, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt immer mehr verloren gehe. Teufel sah ein verpflichtendes Dienstjahr für junge Menschen bis 27 Jahre als einen bedeutsamen Schritt auf dem Weg an, dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

Ein weiteres wichtiges Anliegen ist Teufel die medizinische Daseinsvorsorge auf dem Land, wobei er nicht mit Kritik an der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) sparte. Wenn jetzt, wie in Oberndorf geschehen, ein

Kinderarzt plötzlich sterbe, dürfe es nicht sein, dass einfach 1200 Kinder ohne ärztliche Betreuung dastünden. Für solche Notsituationen müsse die KV einen Springer vorhalten. Medizinische Versorgungszentren betrachtete Teufel als Chance, die Ärzte-Versorgung auf dem Land zu sichern. Dort könnten Ärztinnen auch in Teilzeit arbeiten, betonte Teufel mit dem Hinweis, dass fast 80 Prozent der Medizinstudenten Frauen seien. Viele junge Ärztinnen wollten sich nicht als selbständige Mediziner niederlassen, sondern lieber als Angestellte mit flexibler Arbeitszeit tätig sein.